

Rede zum Schulentwicklungskonzept in der Verbandsgemeinde Ruwer

Die Existenz der Verbandsgemeinde ist den Ortsgemeinden geschuldet. Daraus ergibt sich, neben den gesetzlichen Pflicht-Aufgaben der Verbandsgemeinde eine zentrale Verantwortung für die Ortsgemeinden. Diese sind nach unserer Auffassung die Stärkung und Aufrechterhaltung der Infrastruktur, damit die Attraktivität der einzelnen Ortsgemeinden erhalten bleibt.

Für mich als Vater von drei Kindern gab es vor vielen Jahren bei der Suche nach einer neuen Wahlheimat ein entscheidendes Kriterium. Gibt es in der Ortsgemeinde, in der wir wohnen möchten eine Grundschule?

So geht es auch heute noch vielen jungen Familien. Es ist unumstritten, dass mit der Schließung einer Grundschule die Attraktivität einer Ortsgemeinde sinkt und dort wo der demografische Wandel bereits Einzug gehalten hat, wird dieser weiter beschleunigt.

In so einer Situation – meine Damen und Herrn - sollte, nach unserer meiner Meinung die Verbandsgemeinde die schützende Hand über die Ortsgemeinden halten und nicht Schulterzuckend daneben stehen. Hier hätten wir uns wesentliche Impulse von der Verwaltung erwartet, stattdessen erweckt sich bei uns der Eindruck, dass die Verwaltung sich hinter dem Rat versteckt.

2012 wurde ein Gutachten bei der Hildesheimer Planungsgruppe in Auftrag gegeben, um weitreichenden Erkenntnisse über die Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen in unserer Verbandsgemeinde zu bekommen. Zusammenfassend wurde in dem Gutachten festgestellt, dass trotz der weiter zurückgehenden Jahresstärken der Schülerzahlen, die dauerhafte Fortführung der Grundschulen nicht gefährdet ist.

Die SPD-Fraktion hat daraufhin, vor ziemlich genau drei Jahren, den Antrag gestellt bis 2016 die Schulstandort-Diskussion zu beenden und mit den Planungen für die Sanierungsmaßnahmen an den Grundschulen zu beginnen – dem Antrag wurde zugestimmt. Diese Zeit sollte genutzt werden um in aller Ruhe die Entwicklungen zu beobachten und ggf. einzulenken. Leider ist in dieser Zeit nicht viel geschehen.

Beschlossen wurde, dass wir uns die Schulen ansehen. Das ist nicht geschehen!
Beschlossen wurde, dass eine Elternbefragung durchgeführt wird. Das ist nicht geschehen!
Ein Schulentwicklungskonzept: wir haben nie ein Konzept gesehen!
Unberücksichtigt ist auch die Zuwanderung durch Flüchtlinge.
Nun haben wir 2015 und eine heftige Diskussion über die zukünftigen Schulstandorte.
Wir fragen uns immer noch: Welche Gründe gibt es denn für die Schulschließungen

Es kann nicht sein, dass wegen dem Neubau der Grundschule in Osburg die kleineren Grundschulen geschlossen werden. Ich möchte in Erinnerung rufen warum die ganze Diskussion begonnen hat: Unter dem Aspekt der Kostenreduzierung. Weil wir sehr viel Geld in unsere Grundschulstandorte zu investieren haben. Davon fällt aber nur ein geringer Prozentsatz auf die hier zur Diskussion stehenden Schulen.

Nun frage ich Sie, sparen wir dabei wirklich, wenn wir Schulen schließen?

Ich möchte Ihnen folgendes Szenario eröffnen:

Gut, schließen wir die Schulen. Drei Schulgebäude stehen leer. Wir sparen die Unterhaltungskosten in Höhe von ca. 100.000 Euro, müssen aber den Ortsgemeinden die fiktiven Abrisskosten (ca. 150. - 200.000 Euro pro Gebäude) zahlen und Schützenhilfe bei der weiteren Verwendung der Gebäude leisten.

Die Grundschulen in Gusterath, Waldrach und Osburg sind mit Schülern überlaufen. Diese müssen entsprechend groß gebaut, umgebaut oder ausgebaut werden. Dementsprechend kommen die Baukosten und Unterhaltungskosten hinzu und gleichzeitig muss die Schülerbeförderung neu organisiert werden.

Und nun blicken wir einmal 25 Jahre in die Zukunft. Wenn, die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung Recht behalten werden die Schülerzahlen weiter sinken. Dann haben wir in 25 Jahren viel zu große Gebäudestrukturen und müssen diese weiterhin unterhalten oder gar wieder abreißen. Nicht umsonst ist z.B., die neue Grundschule Tarforst, trotz der drei großen Neubaugebiete drum her rum nur zweizügig gebaut worden.

Wenn wir also alle diese Aspekte berücksichtigen sehen wir keine großen Kosteneinsparungen, sondern nur eine Verschiebung der Investitionsmittel. Und laut Planung wären diese kleinen Schulstandorte erst ab 2021 zu sanieren.

Mal ganz abgesehen von der volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise, kann es hierbei keine Gewinner – sondern nur Verlierer geben. Und das werden unsere Ortsgemeinden sein bei denen die Schulen geschlossen wird und unsere Kinder - meine Damen und Herrn!

Wir, die SPD-Fraktion, haben uns viele Gedanken gemacht wie wir mit einem ausgereiften Konzept die Schulorte erhalten können. Das wäre über eine geringe Veränderung bei den Schülereinzugsgebieten möglich. Zudem wären die Schulen gleichmäßig ausgelastet. Gerne möchten wir am Standort Schöndorf festhalten. Nun haben wir leider unvorhersehbare Entwicklung in Schöndorf. Erst in der letzten Woche am Freitag haben wir die Nachricht erhalten, dass weitere 6 Schüler zum neunten Schuljahr in die Grundschule Gusterath wechseln. Es bleiben nur 16 Schüler in vier Jahrgangsstufen in Schöndorf.

Damit ist das eingetreten was wir verhindern wollten, dass die Eltern mit den Füßen abstimmen. Ich kann die Eltern der Kinder sehr gut verstehen, die nach dieser Hängepartie eine klare Zusage über die Schulstandorte von uns erwarten.

Die Stimmen der Eltern und der Ortsgemeinden Fraschweiler und Kasel/Mertesdorf haben bei uns Gehör gefunden: Wir sind für den Erhalt der Schulen und der flexiblen Nachmittagsbetreuung neben den Ganztagschulen.

Schöndorf ist nur zu retten wenn, Kinder aus anderen Bereichen, mit dem Wunsch einer flexiblen Betreuung an diese Schule gehen. Das könnten wir beraten!

Die SPD-Fraktion ändert vor dem Hintergrund der veränderten Situation den vorliegenden Antrag wie folgt:

Der Verbandsgemeinderat möge beschließen:

1. Die Grundschule Kasel und Mertesdorf bleiben unverändert bestehen.
2. Die Grundschule Farschweiler bleibt unverändert erhalten.

Am 12.09.2012 habe ich in der Verbandsgemeinderatssitzung gesagt, dass man auf eine Schließung von Schulen versichern soll. Und wenn wir Kosten sparen möchten, darf man unsere Schulkinder nicht auf eine rechenbare Größe reduzieren.

Ich bin mir sicher, dass wir eine gute Lösung finden werden. Für die SPD-Fraktion ist eine Schulschließung die wirklich letzte Option. Wir bitten Sie auch vor dem Hintergrund des Solidarfrieden in unserer Verbandsgemeinde dem Antrag zuzustimmen.

Stefan Metzdorf
Fraktionsvorsitzender